

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die **öffentliche Sitzung des Ausschusses Arbeit, Wirtschaft, Senioren und Gesundheit** am

Mittwoch, 2. November 2022 um 18 Uhr

im Sitzungssaal des Ortsamtes Osterholz, Osterholzer Heerstr. 100, 28325 Bremen.

Sitzungsbeginn: 18 Uhr Sitzungsende: 20.30 Uhr

TeilnehmerInnen:

Herr Schlüter	Sitzungsleitung/Protokollführung
Frau Haase	i. V. für Frau Chour
Frau Fischer	
Frau Kirschenlohr	
Herr Krauskopf	Ausschusssprecher
Frau Osterhorn	stellvertr. Ausschusssprecherin
Frau Hofmann	
Herr Dr. Restat	

Beiratsmitglieder:

Herr Haase
Herr Dillmann
Herr Last

Weitere TeilnehmerInnen/Gäste:

Frau Senatorin Bernhard, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
Frau Staatsrätin Stroth, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
Frau Dr. Loquai, Dermatologie Klinikum Bremen-Ost
Herr Rohdenburg, Betriebsrat Klinikum Bremen-Ost
Herr Janßen (MdBB), gesundheitspolitischer Sprecher
Herr Irmer, BORiS
sowie ca. 20 weitere Bürgerinnen und Bürger

Die Tagesordnung wurde wie folgt beschlossen:

1. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 8.9.2022
2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (in Bezug auf die Themenbereiche Arbeit, Wirtschaft, Senioren und Gesundheit)
3. Sachstand zur Entwicklung der Dermatologie am KBO. Angefragt:
- Chefärztin der Dermatologie
4. Sachstand zur Veränderung im Klinikum Bremen-Ost (KBO) durch Geno (Ergänzungsbeschluss des Beirates Osterholz in Vorbereitung). Angefragt:
- Frau Senatorin Bernhard, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
- Herr Rohdenburg, Betriebsrat KBO
- Gesundheitspolitischer Sprecher:in der Linken (da an der Beiratssitzung nicht teilgenommen)
5. Themenabsprache für die nächsten Sitzungen
6. Mitteilungen des Ortsamtes
7. Verschiedenes

Zu TOP 1: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 8.9.2022

Das Protokoll der Sitzung vom 8.9.2022 wurde einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (in Bezug auf die Themenbereiche Arbeit, Wirtschaft, Senioren und Gesundheit)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Zu TOP 3: Sachstand zur Entwicklung der Dermatologie am Klinikum Bremen-Ost (KBO)

Aufgrund der vielfach medizinischen Fachbegriffe wird im Wesentlichen auf den Power-Point-Vortrag von Frau Dr. Loquai verwiesen und lediglich die wesentlichen Aspekte im Protokoll wiederholt.

Frau Dr. Loquai stellte anhand einer Power-Point-Präsentation ihren persönlichen Werdegang und die beruflichen Stationen ihres Lebens als Medizinerin vor. Die Dermatologie am KBO habe ein Alleinstellungsmerkmal und einen Einzugsbereich von ca. 2,5 Millionen Einwohnern. Generell konnte sie vortragen, dass auch im Bereich der Dermatologie mehr Operationen nötig seien. Allerdings fehlt es an pflegerischen Kapazitäten. Anhand von Bildern erläuterte sie, dass jeder Tumor individuell sei und daher eine personalisierte Medizin die neueste Anwendungsmethode darstellt. In Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, die auch gegen Corona Vakzine hergestellt haben (die beiden Wissenschaftlerinnen von Biontech), entwickelt man derzeit spezielle Impf-Vakzine auch gegen Hauttumore. Durch die Möglichkeit der Tumorbehandlung im Hautbereich seien die Patienten rund um Bremen nicht mehr genötigt, ihre Hautkrebstumore in Hamburg oder Hannover behandeln zu lassen. Es geht aber auch darum, im Bereich der Haut- und Wundekzeme und Allergien zu behandeln. Es gibt zwei Stationen, OP-Säle und eine Ambulanz. Die Dermatologie ist im Frühjahr d. J. erneut zertifiziert und mit einer 1 benotet worden.

Selbstverständlich gehört nach wie vor die Photo-Therapie zu den Anwendungsmöglichkeiten, so dass durchaus mit Strahlung Krankheiten behandelt werden können. Das KBO ist im Bereich Dermatologie auch Lehr-Krankenhaus für die Universitätsklinik Hamburg.

Auf Nachfrage teilt die Ärztin mit, dass tatsächlich nicht alle Betten auf der Station belegt sind mangels pflegerischem Personal. Auch sei die Zusammenarbeit der Dermatologie beispielsweise mit Lunge, aber auch mit weiteren Disziplinen im Hause KBO wichtig. Allerdings könne man natürlich auch Operationen der Dermatologie im 8 km entfernten KBM durchführen. Allerdings ist die Abstimmung innerhalb des Hauses durchaus förderlich für die Genesung der Patienten und Absprachen können so leichter mit Kollegen anderer Fachbereiche getätigt und umgesetzt werden.

Die stationäre Behandlung von Hauterkrankungen ist derzeit im KBO nur im sehr eingegrenzten Bereich möglich. Die notwendige Kassenzulassung für Behandlungen auch für weitere Disziplinen der Dermatologie liegen nicht vor. In diesen Bereichen sind Optimierungen vorstellbar und auch wünschenswert.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Dillmann darauf, dass es nach wie vor zu wenig niedergelassene Fachärzte im Stadtteil Osterholz und wir dieses Thema in einer Beiratssitzung mit dem Vorstand der kassenärztlichen Vereinigung noch in diesem Jahr besprechen wollen.

Gegen 18.30 Uhr treffen die Senatorin für Gesundheit und die Staatsrätin ein.

Der Fachausschuss sowie das Ortsamt bedanken sich für den gelungenen Vortrag und wünschen der neuen Chefärztin alles Gute am KBO.

Zu TOP 4: Sachstand zur Veränderung im Klinikum Bremen-Ost (KBO) durch Geno

Frau Senatorin Bernhard stellt ihre Stellvertretung Frau Staatsrätin Stroth vor. Anschließend führt sie noch einmal aus, dass sie wegen Erkrankung an der Beiratssitzung nicht teilnehmen konnte. Gleichwohl hat sie das Protokoll der Sitzung zur Kenntnis genommen und wird auch zu etwaigen Fragen Stellung beziehen.

Ausdrücklich ist ihr wichtig zu betonen, dass es sich nicht um eine Schließung der Somatik am KBO handele. Lediglich im Bereich der Unfallchirurgie sei ein Beschluss des Aufsichtsrates getroffen, wonach 10 Betten der Unfallchirurgie geschlossen werden sollen. Es soll bei Veränderungen am KBO auch flankierende Maßnahmen geben (?). Auch sei beschlossen worden, dass ein Prüfauftrag erteilt wird zu prüfen, ob das Lungenzentrum des KBO an einen anderen Standort der Geno verlagert werden solle. Dies habe ausschließlich wirtschaftliche Gründe wie auch die Schließung der Betten in der Unfallchirurgie. Die Notaufnahme wird weiterhin stattfinden, allerdings nicht nach 17 Uhr.

Ein weiteres Thema, das auch in den nächsten Jahren behandelt werden müsse, ist eine stärkere Konzentration auf die Ambulantisierung von Dienstleistungen.

Weiterhin stellt die Senatorin dar, dass die vergangenen zwei Jahre durch Corona zu höheren Verlusten am Standort des KBO geführt habe.

Herr Rohdenburg als Betriebsratsvorsitzender erinnert daran, dass aufgrund der in den unmittelbar vor der Pandemie liegenden Jahren 2018/2019 Teile der Chirurgie geschlossen worden sind und es daher zu Abwanderungen von Patienten in andere Krankenhäuser kam. Nachdem die Chirurgie wieder an das KBO zurückgeholt worden ist, sei es nur schleppend zur Wiedereinweisung von Patienten durch die Ärzte gekommen. Kurz danach begann die Pandemie und auch das KBO hatte insbesondere durch Corona-Patienten einen Mehraufwand, wodurch die Einnahmen, die erhofft worden sind, nicht generiert werden konnten. Es wird von Herrn Rohdenburg, aber auch vom weiteren Betriebsratsmitglied vom Klinikum Links der Weser kritisiert, dass verbindliche Absprachen mit den Betriebsräten nicht umgesetzt worden seien. Dies gelte bei Veränderungen, die insoweit auch mit diesen abzustimmen seien. Nach wie vor fehle es an einer Gesamtkonzeption für alle Geno-Standorte, um dann zu sehen, in welchen Bereichen Veränderungen notwendig seien.

Auch der Beiratssprecher, Herr Haase, wiederholte die Forderung, dass man nicht scheinweise einzelne Bereiche der Somatik aus dem KBO wegnehmen könne, wo sodann die Attraktivität geringer wird und beispielsweise das Anfahren von Rettungsfahrzeugen weniger wird, weil außerhalb der Hauptarbeitszeit von 8 – 17 Uhr keine Versorgung mehr stattfinden wird. Schon jetzt sei feststellbar, dass Rettungsfahrzeuge anstatt das KBO anzufahren, in die Umlandgemeinden fahren nach Achim, Verden oder Rothenburg und dort Notfallpatienten abliefern.

Herr Rohdenburg erwähnt ausdrücklich, dass schon jetzt die Aufnahmekapazität des KBM im Bereich der Unfallambulanz sehr begrenzt sei und über lange Wartezeiten bis zu 4 Stunden berichtet wurde, insbesondere über Fahrer von Rettungsfahrzeugen (es gab auch einen Bericht im Fernsehen bei N 3 am Vorabend, wo die Unfallchirurgie des KBM bemängelt hat, dass auch dort kein Personal und Betten mehr zur Verfügung stünden).

Herr Dillmann wiederholt die Forderung aus dem Beiratsbeschluss, dass der Bereich rund um das Bremer Zentrum anders zu beurteilen sei als der Bremer Osten. Nach seinen Worten habe die Innenstadt mit 3 großen Krankenhäusern KBM, St-Josef-Stift und dem Neustädter DRK-Krankenhaus 3 Vollversorger, die rund um die Uhr in der Lage sind Unfallpatienten aufzunehmen. Auch sei die Fachärztdichte beispielsweise im gleich großen Stadtteil Schwachhausen bei ca. 400 Fachärzten im Gegensatz zu Osterholz, wo lediglich 60 Fachärzte vorhanden seien. Auch sei nach wie vor die Lebenserwartung in einigen Ortsteilen des Stadtteiles Osterholz ca. 15 Jahre geringer als die Lebenserwartung beispielsweise in Oberneuland. Dies gilt speziell für Männer.

Herr Krauskopf kritisiert die nach wie vor fehlende Kommunikation mit dem Beirat. Er bemängelt auch, dass es kein Gesamtkonzept für alle Geno-Standorte gibt. Er fragt zudem nach den Investitionen von 85 Millionen Euro, die im April 2022 gem. Weser-Kurier an Geno geflossen sei. Auch wiederholt er die Frage, ob es Absicht des Ressorts oder von Geno sei, Teile des Grundstückes des KBO anderweitig zu nutzen bzw. zu veräußern?

Die Senatorin antwortet, dass hinsichtlich einer möglichen Verlagerung des Lungenzentrums in der Dezember-Aufsichtsratssitzung noch keine Entscheidungen getroffen werden. Hinsichtlich des Grundstücksverkaufs gibt es derzeit keine Überlegung, auch sei Geno nicht berechtigt, die Grundstücke zu veräußern, die über den Senator für Finanzen laufen. Auch gebe es im Bremer Senat eine grundsätzliche Übereinstimmung, dass städtische Flächen nicht mehr veräußert, sondern in Erbpacht vergeben werden sollen, wenn überhaupt.

Hinsichtlich Investitionen teilt sie mit, dass es einen Investitionsbedarf in den nächsten Jahren von Geno zwischen 600 – 800 Millionen Euro gäbe. Die derzeitigen Liquidierungs- und Investitionsmittel seien Corona-bedingt aus dem „Bremer Topf“ finanziert worden.

Herr Bolles führt für den Freundeskreis am KBO aus, dass er die Entwicklung des KBO über viele Jahre begleitet. Ihm macht es Sorgen, dass erneut solche Überlegungen am KBO angestellt werden, obwohl erst vor wenigen Jahren ähnliche Konzepte eingestampft wurden. Zudem bemängelt er auch die Zusammenarbeit und auch die Umstände der Entlassung der früheren Direktorin am KBO, Frau Borsch. Frau Borsch habe gute Arbeit geleistet, was nicht nur von den Medizinern und Patienten, sondern auch von den Mitarbeitern, aber auch vom Beirat und Ortsamt unterstützt wird. Offensichtlich sei Frau Borsch mit den vom Direktorium bzw. Aufsichtsrat geplanten Maßnahmen nicht einverstanden und müsse deshalb „ihren Hut nehmen“. Da Verschwiegenheit offensichtlich vereinbart wurde, gibt es aber insoweit keine Details.

Frau Senatorin Bernhard äußert sich generell nicht zu Personalangelegenheiten in der Öffentlichkeit.

Von Herrn Bolles, aber auch von Herrn Nelson Janßen (MdBB) wird insgesamt daran erinnert, dass die Krankenhauslandschaft bundesweit nach wie vor nur unzureichend finanziert sei.

Die Senatorin erinnert daran, dass es derzeit in der Bundesregierung Überlegungen gibt, die Krankenhäuser finanziell besser auszustatten. In welcher Form dies letztlich geschieht ist aber im politischen Raum noch nicht geklärt. Sie wiederholt ihre Ausführungen, dass es nicht um Standortschließungen geht und damit auch nicht um eine Schließung des KBO, auch nicht der somatischen Medizin am KBO.

Verschiedene Beiratsvertreter und auch der Betriebsrat haben Bedenken, ob nach der „Salami-Taktik“ nicht in jeder Aufsichtsratssitzung wieder ein Teil „weggespart“ oder verlagert wird. Dies jeweils unter der Schwelle, dass die zuständige Deputation oder auch der Beirat beteiligt werden muss (?).

Der Ortsamtsleiter sieht in den Veränderungen am KBO eine „gesundheitspolitische Maßnahme“, an der nach dem Beiratsrecht der zuständige Beirat zu beteiligen ist. Die jetzigen Diskussionen, die auf Anregung von Beirat und Ortsamt geschehen, stellen keine „Beteiligung“ dar. Ebenso liegt keine Beteiligung vor, wenn der Aufsichtsrat eine Maßnahme schon beschließt und anschließend dem Beirat diese Information zugeleitet wird. Beteiligung bedeutet nicht im Nachhinein, sondern vor einer Maßnahme. Es gibt die Möglichkeit, über die Senatskanzlei Rechtsfragen über den Justizsenator prüfen zu lassen. Dies entlastet die Gerichte und wird vom Ortsamtsleiter dem Beirat Osterholz empfohlen.

Ein Betriebsratsmitglied vom Klinikum Links der Weser nennt das Verfahren auch „nicht rechtmäßig“. Es gibt eine feste Verabredung mit den Betriebsräten, die vor solchen Maßnahmen zu beteiligen sind. Auch dieses habe nicht stattgefunden.

Herr Nelson Janßen (MdBB, gesundheitspolitischer Sprecher der Linken) erinnert daran, dass in den vergangenen Jahren über 40 Millionen Euro in die somatische Medizin des KBO geflossen sind. Dies sei ein deutliches „Signal“ für den Erhalt der Somatik am KBO.

In diesem Zusammenhang erinnert Herr Schlüter daran, dass auch das Medicum am KBO für Beatmungspatienten für ca. 17 Millionen Euro von einem Privatinvestor realisiert worden ist. Dies geschah in Absprache mit dem KBO und Frau Borsch. Die Investition ist aber selbstverständlich auch folgerichtig mit dem Lungenzentrum am KBO verbunden. Diese Investition von dritter Seite sei auch ein wichtiges Argument bei der Prüfung einer möglichen Verlagerung des Lungenzentrums. (Ein Argument dagegen!)

Frau Senatorin Bernhard erinnert an die Schaffung von Gesundheitsfachkräften in den vergangenen zwei Jahren, deren Stellen noch nicht abgesichert sind. Ebenso an das soeben eröffnete Hebammenzentrum, dass auch viele Stadtteile gerne hätten.

Die Verdienste der derzeitigen Gesundheits senatorin an den o. g. Neuerungen werden von Beirat und Ortsamt ausdrücklich gelobt. In der Amtszeit der jetzigen Gesundheits senatorin sind etliche Dinge umgesetzt, die viele Jahre vorher Wünsche des Stadtteiles Osterholz waren, aber nicht umgesetzt wurden! Dies ist aber unabhängig zu sehen von der Entwicklung des KBO.

Herr Schlüter erinnert daran, dass das KBO und frühere St.-Jürgen-Asyl seit über 100 Jahren wichtiger Bestandteil des Stadtteiles ist und es etliche Familien gibt, die über mehrere Generationen dort beschäftigt sind. Daher gibt es eine starke Verbindung zwischen dem KBO und dem Stadtteil, aber auch der Stadtteilpolitik und dem Ortsamt.

Frau Senatorin Bernhard entgegnet, es gebe auch Stadtteile ohne Krankenhäuser.

In der Frage nach Einsparpotentialen bei der Geno werden insbesondere vom Betriebsrat Möglichkeiten genannt wie die Abschaffung des Zentrallagers, das offensichtlich nicht wirtschaftlich „gefahren“ werden kann, da die Wege zu lang sind und daher die einzelnen Klinikstandorte auf Vorrat Dinge anschaffen, die sodann teilweise „ablaufen“ bevor sie genutzt worden sind. Auch werden vom Betriebsrat und von Herrn Bolles die Frage der Abschaffung des „Sonderstandortes“ für die Geno-Verwaltung auf dem ehemaligen Telekom-Gelände als ein Einsparpotential formuliert.

Herr Haase bedankt sich bei der Senatorin für die Diskussion. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden die weiteren Tagesordnungspunkte nicht mehr besprochen.

Herr Schlüter beendet die Sitzung um 20.30 Uhr.

Bremen, 4.11.2022

(P.S.: Während der öffentlichen Ausschusssitzung waren die vorhandenen Luftfiltergeräte eingeschaltet. Herr Schlüter hat insoweit kontrolliert, dass die jeweiligen Luftfiltergeräte nicht überfordert waren und sich während der gesamten Sitzung im unteren Bereich befunden haben, so dass keine Viruslast im Sitzungssaal feststellbar war).

Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung/Protokollführer)

Jörn Krauskopf
(Ausschusssprecher)